

Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt wird mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzahlung monatlich 4 Mk., durch andere Aufträge zahlungen in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten werden sofort beantwortet. Die Redaktion ist für die Redaktion der Zeitung nicht verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 4 Mk. für die 6 gezeichneten Hauptstellen oder deren Raum, Lokalpreis 60 Pfg., Restraum 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk. Bei Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte 3 Mk., 3. Spalte 2 Mk., 4. Spalte 1,50 Mk., 5. Spalte 1,20 Mk., 6. Spalte 1,00 Mk.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichtes Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 9.

Mittwoch den 12. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Donnerstag den 13. Januar 1921 abends 7 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.
Wilsdruff, am 10. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Kartoffelverkauf am 12. Januar 9—11 und 1—4 Uhr neue Schule, linker Warenbezugschein Nr. 12 je 10 Pfd., Preis das Pfd. 35 Pfg. Wilsdruff, am 11. Januar 1921. 1785 Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsstelle.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach neueren Entscheidungen ist die für den 15. d. M. geplante Wiederaufnahme der Wehrerläuterung Sachverständigenkonferenz bis nach der am 19. d. M. stattfindenden Zusammenkunft der Minister der Entente mächte vertagt worden.
- * Die Volksabstimmung in Bremen ergab eine starke bürgerliche Mehrheit.
- * Die italienische Regierung hat jetzt ebenfalls das Verbot der Verhaftung deutscher Eigentümern freigegeben.
- * Die Senatswahlen in Frankreich sind günstig für den Ministerpräsidenten Leclercq ausgefallen.
- * Zum Vizekönig von Indien ernannte der König von England den Lord Reading.
- * Der kalifornische Senat fasste einen Beschluss gegen jede Erleichterung japanischer Einwanderung.

Alarm!

Während die deutsche Regierung sich abmüht, an den Entscheidungen des Obersten Rates für Oberschlesien wie an den Abstimmungsbedingungen der Interalliierten Kommission in Dypeln wenigstens die allergrößten Begünstigungen der Polen nach Möglichkeit abzuschwächen, geben die Polen offensichtlich darauf an, hinter den Kulissen Tatsachen zu schaffen, mit denen sich ungleich mehr erreichen lässt, als mit Protesten und Stimmzetteln. Alle Nachrichten, die der deutschen Regierung in den letzten Tagen und Wochen zugekommen sind, bestätigen die Überführung starker Truppenkörper von der Volkshilfsfront im Osten an die polnische Westgrenze, wo sie zur unmittelbaren Bedrohung Oberschlesiens aufgestellt werden. Noch vor drei Monaten war der ganze Grenzzug von Danzig hinunter bis Glatz mit ganzen 7500 polnischen Grenzwachregimenten besetzt, jetzt sind daraus allein an der ober-schlesischen Grenze durch Aufbietung irregulärer Truppenkörper 17 000 Mann geworden. Darüber hinaus aber ist in der Provinz Posen eine Reserve-Infanteriebrigade von drei Regimentern neu hinzugekommen, und dicht jenseits der ober-schlesischen Grenze sind von der russischen Front zwei, ferner in Westpreußen anderthalb Divisionen festgelegt worden, so daß hier bereits eine Stärke von 100 000 Mann erreicht ist. Rechnet man hinzu, was an weiteren Truppen unterwegs ist, so muß mit einer Gesamtstärke von 170 000 Mann gerechnet werden.

Damit hat Polen jederzeit die Macht, die deutsche Grenze zu überrennen, und daß es auch den Willen dazu hat, unterliegt nach gewissen Offiziersreden, über die in der Ententepresse kürzlich ganz offen berichtet wurde, nicht dem geringsten Zweifel. Ebenso müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß mit diesen ziemlich offenen Kriegsvorbereitungen in Warschau gewisse geheime Aufstandsbereitungen der polnischen Kampforganisationen in Deutschland Hand in Hand gehen. Die Gefahren, die durch alle diese Maßnahmen heraufbeschworen wurden, werden von der deutschen Regierung als so unmittelbar drohend empfunden, daß sie die fremden Mächte bereits durch ihre Vertreter auf den Ernst der Lage aufmerksam machen ließ. Dieser Schritt war auch in der Tat ein so notwendiger, als den 170 000 Polen ganze 10 000 Franzosen und 3000 Italiener gegenübersehen, die Polen also im Ernstfalle von dieser Seite her keinen nennenswerten Widerstand finden würden. Es kommt hinzu, daß die Franzosen ja, wie bekannt, sich auch in Oberschlesien als die intimsten Verbündeten der Polen fühlen und es deshalb sicherlich ablehnen würden, gegen sie zu kämpfen. Die gewaltige „Streitmacht“ der Italiener hat General Lerdond aber vorfolgerweise bereits auf das Anse Oberufer hinübergeschoben, so daß sie erst dann in Aktion treten könnte, wenn auf dem rechten Ufer die Entscheidung längst gefallen wäre.

Bei dieser Sachlage entzieht die gar nicht ernst genug zu nehmende Frage, wie die ober-schlesischen Schutzkräfte noch auf einen ruhigen Verlauf der Abstimmung rechnen können, wenn sie nicht vorher noch, und zwar mit aller Bestimmtheit, für einen gründlichen Wandel der Verhältnisse Sorge tragen. Die deutsche Regierung wird es an nachdrücklichen Aufforderungen dazu nicht fehlen lassen. Aber wir schätzen Nebenamtlich, wie wir sie kürzlich noch von Herrn Lerdond zu hören bekamen, wird es nicht mehr genau sein. Die Polen sind wohl auch in den Klüben der Entente dafür bekannt, daß sie es lieben, vollendete Tatsachen zu schaffen, wo andere Leute sich auf ihr Recht und nur auf ihr Recht verlassen zu können meinen. Die Leben des ungleich mehrschweren Glaubens, daß Rechte auch durch rechtswidrige Tatsachen erzeugt werden können, daß, wenn und wo sie sich einmal, zu Recht oder zu Unrecht, festgesetzt haben, keine Gewalt der Erde sie wieder beseitigen werde, besonders wenn es in der Amtshauptmannschaft

Staatspräsidenten Wisubski bei seinem Pariser Besuch gelingen sollte, Frankreichs Schicksal noch enger als bisher schon an das Schicksal des Polenreiches zu binden.

Dann könnten England und Amerika noch so unwillig die Stirn ruzeln, die Polen würden es schon verstehen, zu bleiben, wo sie sind oder zum mindesten einen Teil ihres gewaltigen „eroberten“ Besitzes gegen andere ihnen gleichfalls nicht zuletzende Wertobjekt einzutauschen. Und schlimmstenfalls, wenn sie ganz sicher gehen wollen, brauche nur einer ihrer Generale dazu bestimmt werden, in Oberschlesien die gleiche Rolle zu übernehmen, wie sie dem General Salaschewicz im vorigen Jahre für Weißrussland übertragen wurde — dann kann man in Warschau abermals seine Hände in Unschuld waschen und sich doch darauf verlassen, daß die dieser d'Annunzio für Polen aus Oberschlesien alles nur irgendwie Erreichbare schon herauszuholen wird. Kurz, die Polen spielen auch jetzt wieder ein gewagtes Spiel, aber sie tun es nur im Vertrauen auf die Nachsicht, ja auf das kläglichende Einverständnis ihrer Freunde in der Entente, und wenn sie in dieser Beziehung nicht rechtzeitig von Paris oder doch wenigstens von London her einen Winkern bekehrt werden, so kann die Katastrophe schon heute oder morgen über uns hereinbrechen.

Wer dazu beitragen kann, dieses neue Kriegsumfeld von Europa abzuwenden, der soll es tun, ehe es zu spät wird. Die Folgen würden schlimmer sein, als Menschen weißheit sich heute wohl noch träumen läßt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kampf um die Dieselmotoren hat zu einer neuen deutschen Note an die Entente geführt. Es heißt darin u. a.: „Die Volkshilfskonferenz hat ihren Beschluß an zwei Bedingungen geknüpft. Sie verlangt erstens am 31. März 1921 einen Bericht über den Standort und Verwendung aller Dieselmotoren, die am Tage des Waffenstillstandes in U-Booten zugeteilt oder von der deutschen Regierung für U-Boote bestellt gewesen sind. Zweitens fordert sie, daß in der Zwischenzeit der Kontrollkommission die Kontrolle über die Verwendung der Motoren dieses Typs in jeder Weise erleichtert werde. Die deutsche Regierung ist bereit, diese beiden Forderungen zu erfüllen, nicht weil sie eine Verpflichtung dazu anerkennen könnte, sondern, weil sie keinen Grund hat, die Art der Verwendung dieser Maschinen geheimzuhalten, und weil sie den allierten Mächten beweisen will, daß der deutsche Dieselmotor in der Tat ein Friedenswerkzeug ist.“

Senator McCormick über Oberschlesien. Senator McCormick, der Freund des neuen amerikanischen Präsidenten, der kürzlich Deutschland bereiste, erklärte einem Pariser Journalisten, wenn die Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens ausfallen würde, so glaube er auf Grund der Vespörungen, die er in Berlin gehabt habe, daß Deutschland diese Entscheidung nur unter dem Druck der Gewalt annehmen werde. McCormick hat weiter gesagt, daß ein für Deutschland günstiges Abstimmungsresultat zweifellos die deutsche Produktionskraft beträchtlich erhöhen werde, und daß infolgedessen in diesem Falle die Gläubiger Deutschlands ein Recht hätten, höhere Forderungen auf dem Gebiete der Wiedergutmachung zu stellen.

Amnestierung des Oberleutnants Vogel. Oberleutnant Vogel, der im Zusammenhang mit der Tötung von Liebknecht und Rosa Luxemburg im Mai 1919 vom Kriegsgericht zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden war, und der sich der Verbüßung der Freiheitsstrafe durch die Flucht nach Holland entzogen hatte, ist jetzt auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Gewährung von Straffreiheit amnestiert worden. Den Antrag auf Amnestierung hatte der Verteidiger Bogels gestellt, die Strafkammer des Landgerichts 2 hat ihn durch Beschluss vom 28. Dezember stattgegeben. Der Staatsanwalt hat gegen diesen Beschluss Beschwerde beim Kammergericht eingelegt. Eine Entscheidung auf diese Beschwerde ist noch nicht ergangen. Die Staatsanwaltschaft hat den Siedlerbrief noch nicht zurückgezogen. Vogel, dessen Angehörige von dem Verteidiger von dem Beschlusse der Strafkammer unterrichtet worden sind, ist bereits nach Deutschland zurückgekehrt.

Bürgerlicher Wahltag in Bremen. In Bremen fand am Sonntag eine Volksabstimmung über die Frage statt, ob die Bremer Stadtwehr — eine Selbstschutz-Organisation — beibehalten oder abgeschafft werden soll. Die sozialistische Mehrheit hatte die Abschaffung beschlossen, der Senat, der eine bürgerliche Mehrheit hat, hat sich geweigert, diesen Beschluss auszuführen. In der Stadt

Bremen wurden 153 071 Stimmen abgegeben, davon mit Nein 87 610, mit Ja 65 461. In Bremen Land wurden 6206 Stimmen abgegeben, davon mit Nein 3200, mit Ja 2992. In Vegesack stimmten 1568 mit Nein und 818 mit Ja, in Bremerhaven 6337 mit Nein und 4744 mit Ja. Das Gesamtergebnis ist eine sichere Mehrheit für die Beibehaltung der Stadtwehr. In 45 Tagen muß auf Grund dieser Abstimmung eine Neuwahl der Bürgerwehr stattfinden.

Italien.

Freigabe deutschen Eigentums. Die italienische Regierung hat eine Verfügung erlassen, derzufolge die italienische Regierung die von der deutschen Regierung mit Bezug auf italienisches Eigentum ergriffenen Maßnahmen befristet und auf das Italien nach dem Verträge von Versailles zustehende Recht der Beschlagnahme deutschen Eigentums verzichtet, soweit dessen Wert der gegenwärtigen Marktlage zu bemessender Wert die Summe von 50 000 Lire nicht übersteigt. Die Bewertung umfaßt lediglich das Eigentum deutscher Staatsangehöriger in Italien und den Kolonien; falls jedoch die deutschen Staatsangehörigen über größeres Eigentum im Auslande verfügen, so soll ihr in Italien befindlicher Kleinbesitz nicht freigegeben werden.

Rußland.

Kronstadt gegen Moskau. Die Näterregierung hat eine in Moskau eingetroffene Abordnung von Kronisten aus Kronstadt verhaftet, die mit der Regierung über die Regelung der Proviantzuführung für die Garnison in Kronstadt und die Flotte verhandeln wollten. Zwischen den Bolschewiken in Kronstadt und der Näterregierung in Moskau scheint ein sehr gespanntes Verhältnis zu bestehen.

Oberschlesiens Schicksal.

„Besser in deutschen als in polnischen Händen.“

Die Londoner Wochenschrift „New Statesman“ tritt dafür ein, daß Oberschlesien, vom unparteiischen Standpunkt aus betrachtet, besser in deutschen Händen bleibe, als in polnische übergehe. Am durchschlagendsten seien die von Deutschland für das Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche vorgebrachten wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Aus dem polnischen Argument, daß Deutschland auf Grund des Friedensvertrages ein obligatorisches Recht auf den Kohlenbezug aus Schlesien habe, könne Deutschland wenig Trost herleiten, da Polen erklären würde, daß es keine Kohlen zur Ausfuhr habe. „New Statesman“ ist der Meinung, daß Deutschland Oberschlesien viel dringender braucht als Polen, schon um die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen. Oberschlesien als Teil Deutschlands sei wirtschaftlich und kulturell auf viel höherer Stufe, als dies der Fall wäre, wenn es ein Teil Polens wäre. Mit Rücksicht auf die Zustände in Polen sei die Zukunft eines polnischen Oberschlesiens wenig aussichtsreich. Die von der deutschen Reichsregierung gewährte Autonomie werde auch die Mehrheit schlesischer Polen befriedigen. „New Statesman“ verurteilt sodann den in Oberschlesien ausgeübten Terror, der nach verschiedenen Nachrichten von französischen Behörden unterstützt wäre und deutet an, daß die Ausweitung von Mrs. Burton beweise, daß die Franzosen dort etwas verheimlichen wollten.

„Observer“ tritt ebenfalls nachdrücklich für ein deutsches Oberschlesien ein, das niemals zum polnischen Nationalismus gehört habe. Außerdem sei Deutschland auf die ober-schlesischen Bodenschätze angewiesen. „Observer“ bedauert die von den Alliierten angeordneten mehrfachen Abstimmungsstermine, die die Polen begünstigten. Die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland würde ein Unglück für Europa sein.

Osterreich vor dem Hungertod!

Nahrungsmittel nur noch für einige Tage.

Nach einer Meldung aus Wien hat jetzt die österreichische Regierung die französischen amtliche benachrichtigt, daß sie vom 15. Januar an nicht mehr in der Lage sei, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die französische Regierung sandte einen Beamten zur Untersuchung und schleunigen Berichterstattung nach Wien. Nach den letzten in Paris eingetroffenen Nachrichten ist die Lage Wiens so ernst, daß die österreichische Regierung den Gedanken erwägt, ihre Macht an die Verbündeten abzutreten, damit diese sie durch die Wiederherstellungskommission ausüben lasse. Man beschäufert in Frankreich, daß Österreich in seiner Verzweiflung den letzten

Westungländer, die Vereinigung mit Deutschland, ergreift, und ist deshalb zu weiteren Vorschlägen bereit, kann aber nicht allein die Ernährung von sechs Millionen Menschen übernehmen. England und Italien haben auf eine Anfrage Frankreichs, ob sie sich an Vorschlägen an Österreich beteiligen wollen, ausdrücklich geantwortet.

Die Aufwendungen für die Beamten.

Nicht 7, sondern 2,8 Milliarden.
Durch die Presse geht ein Bericht über eine Vermittlung der Eisenbahner-Organisation über die Rede, die der Reichsfinanzminister in der Freitag-Sitzung des parlamentarischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats gehalten hat. Die Erregung soll darauf zurückgehen, daß der Reichsfinanzminister von Aufwendungen des Reiches in Höhe von 7 Milliarden gesprochen habe, während Staatssekretär Schroeder die Kosten für die allenfalls zu bewilligenden Beamtenforderungen mit 2½ Milliarden angegeben habe. Es ist zutreffend, wird dazu amtlich bemerkt, daß der Reichsfinanzminister von 7 Milliarden Mark gesprochen hat; aber nicht im Zusammenhang mit den neuen Beamtenforderungen, sondern gelegentlich eines Vergleiches der Etats für 1921 und 1920. Er führte aus, daß der ordentliche Etat von 1921 bereits jetzt einen Mehrbedarf von insgesamt rund 7 Milliarden aufweist. Danach geht die Auffassung, als ob der Reichsfinanzminister mit der Benennung der 7 Milliarden die Kosten für die Neuforderungen der Beamten gemeint und sich damit in Gegensatz zu der von Staatssekretär Schroeder genannten Summe, die übrigens auf 2,8 Milliarden beziffert wird, gesetzt habe, von einer völlig unzutreffenden Voraussetzung aus.

Der Fall Schiffmann.

Ein Auslandspaß für einen Zuchthäusler.
Mit einer eigenartigen, vorläufig noch recht dunklen Angelegenheit beschäftigt sich eine kleine Anfrage, die der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Lüdicke an die preussische Regierung gerichtet hat und in der es heißt:
„Der Kaufmann Leo Schiffmann aus Berlin ist vom Schwurgericht Berlin im Jahre 1917 wegen Eigentumsvergehens (schwerer Urkundenfälschung, betrügerischer Bankrott usw.) nach etwa fünfjähriger Untersuchungshaft zu einer Gesamtsstrafe von zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die von ihm eingelegte Revision ist im Juli 1919 vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. Leo Schiffmann ist, wie verlautet, wegen Vergehens bis heute noch nicht zur Verbüßung der Freiheitsstrafe eingezogen, es ist ihm vielmehr vom Polizeipräsidenten zu Berlin ein Auslandspaß erteilt worden. Seit Mai 1919 ist Schiffmann als Leiter der von ihm gegründeten Firma Reichner und Co. in Berlin, Joachimsthaler Straße, tätig und erneut und mehrfach mit den Strafgesetzen, insbesondere wegen Verletzung nach der Schwelz, in Konflikt geraten. Trotz alledem bedient sich, wie in Juristenkreisen verlautet, der Herr Minister des Innern des Leo Schiffmann in besonderen Auftragsangelegenheiten und hat jüdische fünf Millionen Staatsgelder zur Verfügung gestellt, die in diesen Angelegenheiten Verwendung finden sollen. Entgegen den vorbenannten Angaben den Tatsachen und bestehenden Verhältnissen bittet der Herr Minister des Innern die Erteilung des Auslandspasses an Schiffmann in besonderen Angelegenheiten, welcher Art ist diese Verwendung des Schiffmann, und wie verhält es sich mit dem zur Verfügung gestellten Staatsgelder?“

Der preussische Innenminister ist zurzeit auf Dienstreisen, indessen wird vom Ministerium bestritten, daß Minister Severing Beziehungen zu Schiffmann hat. Jemand etwas stimmt aber nicht. Tatsächlich hat Schiffmann im Juni 1920 die Erlangung eines Auslandspasses betrieben. Der Paß ist ihm mit Genehmigung der vom Justizminister angewiesenen Staatsanwaltschaft von dem für seinen Wohnort Friedenau zuständigen Landratsamt Teltow ausgestellt worden. Die Genehmigung wurde erteilt, weil auch damals noch die Haftfähigkeit auf nicht absehbare Zeit bestand, und weil außerdem Aussicht vorhanden war, daß die außerordentlich hohe Strafe, die gegen Schiffmann verhängt worden war, im Gnadenwege herabgesetzt würde. Außerdem seien die in Frage kommenden Behörden nach der Art der mit ihnen gepflogenen Verhandlung offenbar der Überzeugung gewesen, daß sich Schiffmann nicht der Vollstreckung der Strafe entziehen würde. Schiffmann hält sich seit Juni 1920 im Auslande auf. In der Öffentlichkeit wird man diese Erteilung eines Auslandspasses an einen zu schwerer Strafe verurteilten Mann nicht verstehen, zumal wenn man bedenkt, welche Umstände es für vollkommen einwandfreie Leute macht, einen beratigen Paß zu erhalten.

Ferner schweden augenblicklich beim Landgericht Berlin Prozesse von Gläubigern des Schiffmann gegen den Fiskus, denen folgender Tatbestand zugrunde liegt: Die Gläubiger des Schiffmann haben bei einem Berliner Bankhaus ein größeres Guthaben des Schiffmann gepfändet. Sie behaupten, daß diese Gelder dem Schiffmann gehören, während der Fiskus dieses bestritt und das Geld für sich in Anspruch nimmt. In der Tat ist das Geld, wie man zuverlässig versichert, vom Fiskus hergegeben, und es bleibt nur noch aufzuklären, ob es dem Schiffmann für einen fiskalischen Auftrag oder aus einem andern Grunde gegeben wurde.

Aus den abgetretenen Ostgebieten.

„Gott behahre uns vor dem kulturellen Tiefstand Kongresspolen!“ — das ist so etwa der Grundgedanke, der alle Bewohner der abgetretenen ehemaligen deutschen Ostgebiete beherrscht, denn was die sogenannte polnische Kultur ist, hat ihnen der unheimliche Ruf ihrer neuen Vaterlandsbrüder gezeigt. Die früher blühenden deutschen Gebiete sind ein Schieberparadies geworden und arg heruntergewirtschaftet. Wenn man mit den Leuten spricht, so klingt überall eine gewisse hochachtungsvolle Zuneigung für ihr früheres Vaterland durch alle Reden, und das hat neben den kulturellen natürlich auch ebenso wirtschaftliche schwerwiegende Gründe. Obwohl die Leute nominell mehr verdienen als früher, ist der Wert des polnischen Geldes doch so gesunken, daß sie sich längst nicht mehr so viel leisten können wie unter deutscher Herrschaft. Käme es heute in ganz Pommern zu einer Abstimmung — und es ist möglich, daß sie einmal aus dem Volke heraus selbst gefordert werden wird — so fiel im großen und ganzen fast alles in Westpreußen abgetretene Gebiet wieder an Deutschland. Denn dieses, in dem ein großer Teil der Männer seine Militärzeit verbracht hat und für das sie schließlich jahrelang gekämpft haben, ist ihnen doch das wirkliche Vaterland und steht ihnen als Vorbild der Ordnung und Reinlichkeit vor Augen. Sie wissen auch, daß ihnen aus Kongresspolen wirtschaftlich keine Hilfe kommen kann, weil es dort an Waren fehlt. Man wartet im Gegenteil auf den Auslandsverkehr mit Deutschland, dem man gern von dem Überfluß der landwirtschaftlichen Erzeugnisse abgeben will. Freilich sind auch schon die großen Güter nicht mehr so rationell bewirtschaftet wie früher. Maschinen und Dünger fehlen, und es ist oft schwer genug, den Betrieb aufrechtzuerhalten. So stellt sich also das abgetretene Gebiet heute in einem Zustand wirtschaftlichen und kulturellen Verfalls dar, und sollte für alle die eine Warnung bilden, welche in ihren Reden für die Polen sind. Kamenlich in Oberösterreich kann aus Erfahrung gesagt werden, daß ihrem blühenden Industrie- und Handel leicht derselbe Verfall droht, es muß sich aber auch bewußt sein, daß der Verlust Oberösterreichs für das ganze Deutsche Reich unerträglich ist und verheerend auf dessen Bestand wirken muß. Er hatte sich das Schicksal der abgetretenen Ostgebiete vor Augen und tue seine Pflicht für Deutschland.

Russischer Willkomm für ausländische Arbeiter.

Ähnlich wie den deutschen Arbeitern ist es zahlreichen Personen gegangen, die in Amerika den Lockungen der Sowjetregierung nachgegeben haben und nach einer vorhergehenden technischen Ausbildung nach Rußland gekommen sind, um ihre frisch erworbenen Kenntnisse als Spezialisten und qualifizierte Arbeiter in den Dienst der großen Sache zu stellen. Als bester und anschlagender Beweis für die Mäßigkeit und Entbehrungen, denen diese Unglücklichen gleich nach ihrer Ankunft ausgesetzt waren, sei eine Schilderung der bolschewistischen Wirtschaftszeitung „Ekonomicheskaja Schis“ hier in wortgetreuer Übersetzung wiedergegeben:
„Ich will nicht beschreiben, welchen Mäßigkeit die Genossen unterwegs ausgesetzt waren, aber hier in Moskau, wo man glauben sollte, alle Entbehrungen müßten zu Ende sein, sehen wir, daß sie eigentlich erst anfangen. Niemand will die auf dem Bahnhof mit Kind und Kegel Ankommenden empfangen. Erst nach langem Hin und Her kommt man zu der Überzeugung, daß sie irgendwo untergebracht werden müssen, und schafft sie in

ein mit Gefangenen und Flüchtlingen überfülltes Durchgangslager, wo sie mit Frauen und Kindern in Korridoren, auf Treppen, ja fast unter freiem Himmel lagern müssen. Und in einer solchen Lage, ohne Nahrung, ohne Unterkunft, müssen sie wochenlang zubringen.“

Man möchte annehmen, daß ein solches Verhalten der Sowjetregierung nur auf die allgemeine Desorganisation und den Mangel an Nahrungsmitteln zurückzuführen sei, da sich die Sowjetregierung ja durch ein solches Vordenkopfstößen der ausländischen Arbeiter selbst ins Fleisch schneidet und sich alle Sympathien verschert. Diese äußeren Umstände können aber nur zum Teil als Erklärung für diese merkwürdige Art der Gastfreundschaft dienen. Die Sowjetregierung ist nämlich gezwungen, die Fremden nicht besser zu behandeln, als ihre eigenen Arbeiter, da sie dieselben dadurch noch mehr gegen sich aufbringen würde. Der nationalrussische Arbeiter und Bauer will von einer Solidarität des internationalen Proletariats nichts wissen, im Gegenteil, er sieht in jedem Fremden einen Feind und lästigen Konkurrenten, den er immer zum Neffe wünscht. Die den Nationalrussen wohl durchschauende, seinem Wesen aber völlig fremd gegenüberstehende Sowjetregierung fürchtet daher durch ein Entgegenkommen den Ausländern gegenüber den russischen Arbeiter zu offener Empörung zu bringen und hieraus erklärt sich auch der berühmte, den deutschen Arbeitern in Kolumna entgegengebrachte Ruf: Wir können zwischen deutschen Arbeitern und chinesischen Kulis keinen Unterschied machen! Von der Rätezeitung aber ist nicht desto weniger der Ruf entgegen: Trotz alledem gehen wir nach Rußland! Deutscher Arbeiter, wann wirst du endlich die schlaftrunkenen Augen reiben und im grauen Erwachen erkennen, wie es in Wahrheit um die vielgepriesene Solidarität der Völker steht?

Naß und Fern

Der Reichsausschuß für die Leipziger Messe wird für 1921 in Höhe von 20 Millionen Mark (bisher 2 Millionen Mark) beantragt. Er soll hauptsächlich verwandt werden für die Vorbereitung im Auslande, dessen Zuspruch auf der letzten Herbstmesse nicht den Erwartungen entsprach. Den Antrag haben auch die sachlichen Gewerkschaften unterstützt, da schätzungsweise über zwei Millionen Arbeiter und Angestellte mittelbar an der Messe interessiert sind. Ratschläge für Ausländer will die Leipziger Hotelvereinigung künftig nicht mehr erheben.

Goldene Ehrengänge sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Diesen Grundpaß teilt jetzt das Reichswirtschaftsministerium allen Behörden und Stellen, die mit dem Preisprüfungswesen befaßt werden, mit. Das Reichsministerium läßt seine Stellung auf die Rechtsprechung und das Schrifttum.

Verhaftete Kriegsmilitäre. Wegen Buchens wurden in Berlin der Agent Martin Cohen und sein Teilhaber Avelis in Untersuchungshaft genommen. Die beiden „Gefährlichfremde“, die noch vor wenigen Jahren fast mittellos waren, hatten es verstanden, sich bei der Verwaltung des Reichsbrandtweinmonopols als Handelsanwälte einzuschleichen und durch Vermittlung von Spiritusfreigaben sowie durch Spiritusgeschäfte auf eigene Rechnung Millionengewinne zu erzielen. Cohen besitzt nach seinen eigenen Angaben ein Vermögen von acht Millionen Mark, ferner ein Guthaben von zwei Millionen in Holland, eine Villa in Wamser, Reiterbo und zwei Luxusautomobile. Beamte der Bucherabteilung beschlagnahmten die nach Millionen zählenden Wertgegenstände und Vorkaufnahmen der beiden Schieber zur Einziehung und Wahrung der Steuerinteressen.

Die Volksgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, die kürzlich gegründet wurde, hielt unter dem Vorsitz des früheren Kultusministers Dr. Friedrich Schmidt-Ott eine Versammlung ab, in der ein trauriges Bild von der Lage der deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen entrollt wurde. Die Volksgemeinschaft unterhält bei der Disconto-Gesellschaft in Berlin ein Konto, auf das Spenden eingezahlt werden können.

Deutsch-italienische Fürstendynastie. Auf dem Schloß Vaste (Vionon) wurde im enghen Familienkreise die Vermählung der Prinzessin Dona von Savoben mit dem Prinzen Conrad von Bayern vollzogen. Der König und die Königinmutter von Italien, sowie alle Prinzen des Hauses Savoben und die Angehörigen des Prinzen Conrad wohnten der Feierlichkeit bei. Die Ehevertragsurkunde wurde von Giolitti aufgenommen, der Vizepräsident des Senats fungierte als Standesbeamter, die Einsegnung des Brautpaares vollzog Kardinal Richelmy.

Gräfin Bia

Roman von H. Courths-Mahler.

11. Fortsetzung. (Kochbuch verboten.)
So kamen sie in Schloß Buchenau an. Zuerst begegnete ihnen Frau Dornemann. Sie schlug die Hände zusammen und rief erschrocken:
„Mein Gott — Komteschen! Das schöne frische Kleid — es ist ja wirklich geworden.“
Bia sah an sich herab.
„O weh, Dornemannchen — da haben wir die Postel! Ich sage es ja immer, so weißer Plunder ist nichts für mich. Was tun wir denn da, liebes Dornemannchen?“
„Sie müssen sich natürlich sofort umziehen. In den nassen Sachen können Sie unmöglich bleiben.“
Bia sah schelmisch zu Hans von Ried hinüber.
„Also da hilft nichts — das Verhängnis muß seinen Lauf nehmen. Bitte, gehen Sie inzwischen zu Papa — aber mit dem Frühstück auf mich warten — ja? Ich becke mich, so sehr ich kann.“ sagte sie.
Ried verneigte sich lachend.
„Wir warten, Komtesch — und wenn wir inzwischen vor Hunger umkommen.“

Bia rannte die Treppe hinauf nach ihrem Zimmer. Da Lina noch im Badehäuschen zurückgeblieben war, um dort Ordnung zu schaffen, mußte sie sich ohne Hilfe fertig machen. Hastig streifte sie ein anderes Kleid über. Das Haar durchzukämmen und zu flechten war sie allein außerstande. Es war viel zu schwer, vollends in dem feuchten Zustand. So drehte sie es nur fest wie ein Tau zusammen und türmte es in einem großen blauen Knoten auf den Kopf, es mit großen Nadeln feststeckend. Der riesen Knoten stand in größter Weise von dem kleinen Köpfchen ab. Diese gewalttätige Frisur sah einfach schauerlich aus. Sie entstellte das arme Komteschen furchbar. Aber Bia nahm sich gar nicht erst Zeit, in den Spiegel zu sehen. Sie hätte wohl auch

dann schwerlich etwas geändert, denn sie war in höchster Eile, wieder hinfabzukommen, an den Frühstückstisch — und in Hans Rieds Gesellschaft.

Dieser hatte inzwischen den Hausherrn aufgesucht und begrüßt, und dann waren die beiden Herren hinausgegangen auf die Veranda, wo auch heute unter einem rot und weiß gestreiften Leinwandzelt der Frühstückstisch gedeckt war.

Die Herren ließen sich aber noch nicht daran nieder, sondern warteten, langsam auf und ab gehend, auf Bia.

Als diese dann nach einer Weile erschien, fiel es selbst ihrem Vater auf, wie unvorstellbar sein Töchterchen in dem steif abstehenden Haarnoten aussah. Hans von Ried aber starrte sie ganz betroffen an. Er begriff wieder einmal nicht, daß ein weibliches Wesen so total ohne jede Regung der Etikette sein konnte.

„Wie siehst du denn aus, Bia? Was hast du mit deinem Haar gemacht?“ rief ihr Vater fast unwillig.

Auch Frau Dornemann, die, gefolgt von einem Diener, eben auf die Veranda trat, sah ganz entsetzt auf das Komteschen.

Bia aber blieb ganz gleichgültig.

„Es ist naß, Papa — vom Baden.“ antwortete sie.

„Ach bitte dich, ziehe die Nadeln aus dem Haar und laß es trocknen. Konnte dich Lina nicht besser frisieren?“
„Lina ist noch nicht zurück. Papa. Und mit offenem Haar dori ich mich nicht zu Tisch setzen, da zinkt Frau Dornemann. Und Herr von Ried mag sicher auch nicht mit einem Struwelpeter zu Tisch sitzen.“

Wider Willen mußte Graf Buchenau nun lächeln — Hans Ried tat es auch, und Frau Dornemann trat an das ganz unglücklich aussehende Komteschen heran und löste schnell die Nadeln aus dem grotesken Knoten. Schnell holte sie dann ein blaues Band herbei und band es dicht am Hinterkopf um das Haar, so daß es Bia nicht so wild um das Gesicht hing.

„So geht es schon besser, Komteschen.“ sagte sie, mit fast mütterlichem Stolz über das herrliche Haar streichend,

als wollte sie sagen: „Es kann sich schon sehen lassen.“

Bergnügt nahm Bia nun mit den beiden Herren am Frühstückstisch Platz und schmauste mit dem gesunden Appetit der Jugend.

Hans von Ried aber dachte:

„Sie muß unbedingt einige Zeit unter die Dohut einer Dame kommen, die sie lehrt, Toilette zu machen und sich darin damenhaft zu bewegen. An der nötigen Grazie und Anmut wird es ihr bei ihrem eckeligen Körper nicht fehlen. Das mußte geschehen, ehe sie meine Frau würde.“

So schien der Gedanke, der heute zuerst in ihm aufgelaucht war, schon festere Gestalt anzunehmen.

„Heute oder morgen braucht es ja noch nicht zu sein — ich kann noch warten, ehe ich eine Entscheidung treffe.“ dachte er weiter.

Einige Wochen später entschloß sich Graf Buchenau ganz plötzlich, seinem jungen Freunde in Schloß Rieberg einen Besuch zu machen. Er ließ den Wagen anspannen und verkündete dann Bia seinen Entschluß. Sie war sehr freudig betroffen.

„Laß mich mitfahren, Papa — ich möchte so gern dabei sein.“ bat sie erregt. Er schüttelte aber fast finstern den Kopf.

„Nein, Bia, heute nicht — heute muß ich allein sein. Es wird mir schwer, sehr schwer fallen, dieser erste Schritt über eine fremde Schwelle. Dabei kann ich dich nicht gebrauchen. Das nächste Mal sollst du mit mir gehen.“

Etwas bang war ihr ums Herz, als der Vater in den Wagen stieg. Sie drückte ihm trampfhaft die Hand, als gehe er einen schweren Weg. Und das war auch der Fall. Für ihn war dieser Weg sehr schwer. Er brach dadurch mit einer jahrelangen Gewohnheit und bezwang seine Menschenscheu, die ihm doch in Fleisch und Blut übergegangen war. Auch Frau Dornemann hatte sich herbeigeflüchtet und sah ihrem Herrn mit unruhigen Augen nach, als der Wagen davonfuhr. (Fortsetzung folgt.)

Durch den Winter um die Welt. Der Schweizer Loret, der mit einem Fahrrad eine Reise um die Welt unternommen hat, ist in Nizza eingetroffen. Er hat am 1. Januar 1914 Genf verlassen und in Etappen von 80 bis 100 Kilometern bereits ganz Deutschland, Russland, Sibirien, Japan, alle südamerikanischen Republiken, die Antillen, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada durchfahren. Die zurückgelegte Strecke beträgt etwa 60 000 Kilometer. Ende Februar will er wieder in Genf sein.

Die Schwankungen des deutschen Viehbestandes vor u. nach d. Kriege auf Grundlage der amtlichen Viehzählungen.

	Pferde	Kälber	Rinder	Schafe	Schweine
1913	2 533 091	6 829 183	9 746 439	5 829 988	11 238 368
1914	2 295 689	6 881 182	10 055 938	5 691 782	9 647 795
1915	4 516 297	8 897 881	12 508 685	5 787 248	21 885 073
	Ziegen	Gänse	Enten	Hühner	Kaninchen
1913	1 470 000	3 485 261	4 955 249	48 504 53	10 642 635
1914	1 4 595 341	7 508 871	4 595 424	47 882 724	12 736 511
1915	3 365 071	10 721 661	6 597 945	65 154 711	9 181 296

Neueste Meldungen.

Interdikt über ein eifassisches Nonnenkloster.
Straßburg. Über das Marienhöfer Kloster der Karmeliterinnen wurde das päpstliche Interdikt verhängt. Über die Gründe gehen die verschiedensten Gerüchte um. Die „La République“ berichtet, soll es sich hier um die Folgen rein kirchlicher Streitigkeiten handeln. Die Nonnen wollen das Souveränitätsrecht des Bischofs von Straßburg nicht anerkennen, der von Rom die Entziehung eines gelegentlichen Konvents, dem es aber nicht gelang, die unbotmäßigen Nonnen zum Gehorsam zu zwingen. Infolge des Interdikts sind die Nonnen ohne Messe und Sakrament.

Teilnahme Amerikas an einer Entwaffnungskonferenz?
Paris. Frankreich hat die Vereinigten Staaten eingeladen, an der im Januar stattfindenden Konferenz teilzunehmen, die sich mit der Frage der Entwaffnung und Wiedergutmachung Deutschlands beschäftigt. Es wurde eine Note nach Washington gerichtet. Man glaubt, daß Wilson die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz ablehnen wird.

Die Kartisten und König Alfonso.
Madrid. Don Jaime erklärte in einer Versammlung seiner Parteigänger in Lourdes, seine Beziehungen zu König Alfonso seien sehr herzlich. Er gebe keine Anrede auf den Thron zwar nicht auf, erbe sie aber seiner Liebe zum Vaterlande unter, da er in erster Linie dazu beitragen wolle, daß in Spanien Ruhe und Ordnung herrschen. Dies sei auch die Aufgabe seiner jetzt in diesem Sinne neu organisierten Partei.

Wahlschwung für Amerikareisende bis Ende 1922.
Washington. Der Kammer ist ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, nach welchem der Wahlschwung für fremde Einreisende nach den Vereinigten Staaten bis Ende 1922 bestehen bleiben soll.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Noch kein Beschluß der Eisenbahnerverbände.
Berlin, 11. Januar. (tu.) Der erweiterte Vorstand der Eisenbahnerverbände hat nach zügeligen Beratungen zu dem Verhandlungsergebnis des Sechsecker-Ausschusses mit der Regierung Stellung genommen. Die völlig unzureichenden Zugeständnisse und die auf den Eisenbahnerorganisationen ruhende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Vorstand, zur völligen Klärung der Sachlage erst noch weitgehende Schritte zu unternehmen. Die Beschlußfassung steht demnach noch aus.

Sonderaktion in Rheinland-Westfalen.
Berlin, 11. Januar. (tu.) Die Eisenbahner des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind mit den Angeboten des Reichsverkehrministeriums nicht zufrieden und wollen sich bei den gemachten Zugeständnissen nicht beruhigen. Der Eisenbahner-Aktionsausschuß der vier großen Eisenbahnerverbände erklärte in einem Telegramm an die Eisenbahnerorganisationen, daß die bisherigen Verhandlungen im rheinisch-westfälischen Gebiet große Unruhe hervorgerufen hätten. Die Vertreter erklärten bei Gültigerklärung des Abkommens die Folgen für unabschätzbar. Die Eisenbahner des Rheinlandes seien nicht gewillt, sich damit zufrieden zu geben. Eine Sonderaktion stehe in Aussicht.

Die amerikanischen Milchkuhe für Deutschland.
Berlin, 11. Januar. (tu.) Die amerikanische Gesandtschaft teilt mit, daß ein Dampfer mit 742 Milchkuhen am 8. Januar in Calveston abgegangen sei, der im Laufe des Monats Januar in Bremen eintrifft.

Ein Haftbefehl gegen d'Annunzio.
Berlin, 11. Januar. (tu.) Einem Turiner Blatte zufolge hat die italienische Regierung einen Haftbefehl gegen d'Annunzio erlassen.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 11. Januar 1921.
— „Frühlingsstürme“ durchbrausen jetzt die Lande. Gerabgeworfene Dachschiefer und -ziegel, abgedrochene Aeste, hier u. da ein umgeworfener Baum u. andere Zeugen verheerenden Wälens geben Kunde von der Gewalt des Sturmes wütens. Die frühlingsähnliche Witterung hat natürlich entsprechenden Einfluß auf die Vegetation ausgeübt. Das winterliche Jagdgebiet der Wiesen wandelt sich mit jedem Tage mehr in das lenzliche Frühlingsgrün. Aus dem Boden spritzen allerhand Kräuter, als sei schon der März gekommen. Die Blattknospen schwellen zusehends an. Die Weisen schwirren mit Frühlingsgrün durch das Geäst der Bäume. Auch von blühenden Schneeglöckchen wird bereits berichtet. Leider sind wir noch nicht über den winterlichen Berg. Die kritische Zeit steht noch bevor. Sie liegt zwischen dem 20. d. Mts. und 10. Februar. So waren z. B. in dem berüchtigten Winter 1917 die kältesten Tage erst Anfang Februar. Jedoch besteht keinerlei bestimmter Zusammenhang zwischen einem warmen Mittelwinter und einem harten Nachwinter. Eher ist ganz gut möglich, daß die mit einem frischen Vorwinter begonnene kalte Jahreszeit über eine gelinde Zwischenperiode mit einem milden Nachwinter ausklingt.

— **Neue Gendarmeriebezirke** werden am 16. Januar in der Amtshauptmannschaft Weichen errichtet in Leutenow, Lötzhain, Obereula und Proschwitz.

— **Die Lindenschlösschen-Lichtspiele** morgen ein packendes Drama aus dem bayerischen Hochgebirge, „Die Stimme“ mit Albert Bassermann zur Vorführung.

Die Regelung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln. Vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die bisher erhält die Nahrungsmittelindustrie die erforderlichen Mengen an Weizen, Gerste, Hafer und Gerste zugewiesen; die Regelung des Absatzes hat dagegen insofern eine Änderung erfahren, als nur noch Getreide, Reis, Zwieback und Kleingemahltes anstatt zur Verteilung gelangen, während die übrigen Nahrungsmittel, besonders Graupen, Haferflocken und Teigwaren, im freien Verkehr abgesetzt werden können. Um die Einkaufspreise angemessener Preise zu sichern, sind die Hersteller und Händler verpflichtet worden, nicht zu höheren als den von den Ausschüssen genehmigten Preisen abzugeben. Die Überschreitung dieser Grenze ist nach Maßgabe der Preiswucherverordnung strafbar. Die Kleinverkaufspreise werden je nach den örtlichen Verhältnissen voneinander abzuweichen; als Regelpreise werden für Hafer- und Gerstenerzeugnisse die nachstehenden zu gelten haben:

Für je 100 Kilogramm:	Mark
loose Haferflocken	533,—
Rinderhaferflocken in 1/2-Kilogramm-Paketen	810,—
in 1/4-Kilogramm-Paketen	788,—
Graupen C 6	384,—
Rinderhafermehl in 1/2-Kilogramm-Paketen	834,—
„ „ „ 5	390,—
„ „ „ 4	397,—
„ „ „ 3	402,—
„ „ „ 2	407,—
„ „ C 1 und 0	412,—
Größe	395,—
Flocken	410,—

Der Groß- und Kleinhandel darf zu diesen Preisen Aufschläge berechnen, die aber über eine angemessene Verdiensthöhe nicht hinausgehen dürfen. In diese Spanne haben sich auch mehrere Händler zu stellen, vorausgesetzt, daß im einzelnen Fall ein derartiger Handel überhaupt zulässig ist.

— **Keine Einigung zwischen Turnern und Sport.**
Nach Meldung der Morgenblätter sind die Einigungs-Verhandlungen zwischen der Deutschen Turnerschaft und den drei Sportverbänden Deutscher Fußball-Bund, Deutscher Schwimm-Verband und Deutsche Sportbehörde für Athletik wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Deutschen Turnerschaft in der Frage der Meisterschaften endgültig gescheitert.

— **Anmeldung von Kindern zum Religionsunterricht in der Volksschule.** Das sächsische Unterrichtsministerium gibt bekannt, daß bei der Anmeldung von Kindern zum Besuch der Volksschule die Erziehungspflichtigen dem Schulleiter eine Erklärung darüber abzugeben haben, ob die Kinder an Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht.

— **Kein Notgeld der Handelskammern.** Die sächsischen Handelskammern haben, wie schon verschiedentlich gemeldet worden ist, im vorigen Sommer beim Wirtschaftsministerium um die Genehmigung zur Ausgabe von einheitlichem Notgeld für ganz Sachsen nachgesucht. Nunmehr hat das Wirtschaftsministerium die erbetene Genehmigung im Verneinen mit dem Finanzministerium abgelehnt. Die Münzverwaltungen des Reichs arbeiten, so heißt es in dem Bescheide des Ministeriums, mit allen Kräften an der Herstellung von Kleingeld, und in allerneuester Zeit sei vom Reichsrat die weitere Ausprägung von 20 Millionen Mark an 10-Pfennigstücken bewilligt worden. Weiter hoffe

das Finanzministerium, in nächster Zeit mit der Ausgabe des zum größten Teil bereits fertiggestellten Porzellan-Notgeldes beginnen zu können.

— **Ungeordnete Wahlprüfungen für Kriegsteilnehmer.** Auf ein Gesuch des sächsischen Lehrervereins, auch weiterhin für alle Schulumkandidaten, die Kriegsteilnehmer waren, außerordentliche Wahlprüfungen in der Art und dem Umfang zu veranlassen, wie sie bisher den Kriegsteilnehmern zugeordnet waren, hat das Unterrichtsministerium unter dem 3. Januar 1920 verordnet, auch fernerhin Schulumkandidaten, die nicht mindestens drei Jahre vor dem gesetzlichen Zeitpunkt ihrer Wahlprüfungen die Reifeprüfung abzulegen vermochten, zu einer außerordentlichen Wahlprüfungen zuzulassen.

— **Die Dresdner Vogelwiese** findet in diesem Jahre in der Zeit vom 2. bis 10. Juli statt.

— **Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen.** Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen betrug am 16. Dezember 69 019 männliche und 26 891 weibliche Erwerbslose, zusammen 95 910. Dazu kommen noch an Zuschlagsempfänger 93 164. Der Aufwand für Erwerbslosenunterstützung betrug in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 134 000 000 Mark.

— **Die Bezirksfeuerwehverbände der Amtshauptmannschaften Döbeln und Weichen** halten am 16. Januar von vormittags 10 Uhr ab eine Versammlung im „Sachsenhof“ in Rosten ab, in der Herr Ingenieur Müller aus Döbeln einen Vortrag über Motorspritzen hält. Nachmittags 3 Uhr findet die Vorführung einer Müllerschen Motorspritze statt. Die beiden Veranstaltungen, die der großen Bedeutung der Motorspritzen im Feuerschutz gelten, dürften für Staats- und Gemeindebehörden und Großunternehmer von hohem Interesse sein; deshalb hat der Kreisvertreter Herr Schlimpert in Leisnig Einladungen durch die Verbände wehren an sie ergehen lassen und hofft auf recht zahlreiche Beteiligung.

— **Es dümmert!** Die Dresdner „Unabhängige Volkszeitung“ schreibt in einem die tumultuarische Landtagsitzung behandelnden Artikel an die Adresse der Kommunisten u. a. folgendes: „Die Umstellung der Industrie ist eine eigene Sache in einer Zeit, wo in allen Industrien die Arbeitslosen vor den Betriebstoren um Einlaß betteln.“ Man sieht, daß die Unabhängigen sehr bald nach ihrem Eintritt in die Regierung eingesehen haben, daß sich nur mit Agitationsphrasen noch lange nicht regieren läßt. Nun bedienen sich die Unabhängigen den Kommunisten gegenüber der Argumente, die ihnen, als sie noch außerhalb der Regierung standen, immer von den Mehrheitssozialdemokraten entgegengehalten wurden.

— **Rossen.** Gestern abend hatten sich im Sachsenhofsalle zum Zweck der Gründung eines Mietervereins gegen 400 Personen aus der Stadt und den umliegenden Landgemeinden eingefunden. Nach längerer Aussprache beschloß man einstimmig, einen Mieterverein zu gründen, der auch Mieter der Nachbargemeinden Augustusberg, Niedereula, Niedergera, Rhösa und Zella mit einbezogen soll. Ein Fünfeckerausschuß wird die Vorarbeiten erledigen. In die Einzugslisten trugen sich über 300 Personen als Mitglieder ein.

— **Dresden.** In den letzten Tagen gelang es dem hiesigen Ueberwachungsausschuß nachzuweisen, daß in einer Mühle im Grenzgebiet innerhalb fünf Monaten über 800 Zentner Getreide heimlich gemahlen wurden.

— **Thelma.** Seit einiger Zeit mehrten sich die Eisenbahndiebstahle in Thelma, ohne daß es gelungen wäre, die Diebe ermitteln zu können. Die Unterschlagungen und

Die Fahrt nach Dresden macht sich bezahlt am

10. bis 19. Januar

Ausnahmetage für Strickwollen

Keine Wollen — nur erprobte Qualitäten, schwarz, grau, braun

Reklamewolle	Eiderwolle	Spezial C	Stangelbster	Braunbster
sonst 1 Pfd. 69.50.	sonst 1 Pfd. 69.50.	sonst 1 Pfd. 74.50.	sonst 1 Pfd. 82.—	sonst 1 Pfd. 104.50.
Ausnahmepreis:	Ausnahmepreis:	Ausnahmepreis:	Ausnahmepreis:	Ausnahmepreis:
1 Pfd. 52.50.	1 Pfd. 63.50.	1 Pfd. 68.50.	1 Pfd. 77.50.	1 Pfd. 94.50.

Verkauf nicht unter 1/2 Pfund **Nur solange Vorrat**

Strumpfhaus Günther

vormals Birkner

nur Ecke Seestraße Dresden-N. Breite Straße 2

Keine Filiale mehr! Keine Filiale mehr!

Diebstahl nahmen schließlich einen solchen Umfang an und wurden derart dreist ausgeführt, daß die Diebe sich selbst verrieten. Die vorgenommenen Hausdurchsuchungen belasteten den Vorsteher des Bahnhofs Thella, Gerold, so erheblich, daß er in Haft genommen wurde. Auch der Eisenbahnassistent Gütz und der Eisenbahnarbeiter Fiegner sind der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Es sollen noch weitere Personen an den Diebstahl beteiligt sein.

— **Planen i. B.** Die Beendigung des Mieterstreiks erfolgte zwischen den Vertretern des allgemeinen Hausbesitzervereins und dem sogenannten Aktionsausschuß durch folgende Vereinbarungen: 1. Anerkennung der Mieterausschüsse in Gemäßheit der Richtlinien des Mieteinigungsamtes. Nach den Richtlinien ist der Vermieter verpflichtet, dem einzelnen Mieter oder dem Mieterausschuß seines Hauses auf Verlangen die auf das Haus, sowie auf den einzelnen Mieter entfallenden Kosten, Gebühren usw. nachzuweisen. 2. Unter der Voraussetzung des beschleunigten Abschlusses eines Normalmietvertrags erklärt sich der Aktionsausschuß bereit, die Mieter aufzufordern, die Friedensmiete zuzüglich 20 Prozent zu bezahlen, mit Ausnahme der Fälle, in denen bisher weniger bezahlt worden ist. Bei dieser Vereinbarung hat der Hausbesitzer die laufenden Reparaturen im Sinne der Richtlinien auszuführen. Andererseits hat der Allgemeine

Hausbesitzerverein eine Aufforderung an seine Mieter zu richten, die beim Amtsgericht anhängigen Klagen zurückzugeben. 3. Der Allgemeine Hausbesitzerverein erklärt sich damit einverstanden, daß das Mieteinigungsamt in Streitfällen Beiträge, die vom Bürgerlichen Gesetzbuch abzuweichen, für ungültig erklären kann.

Wohlerworbene Rechte.

Der Landesverein der kirchenmusikalischen Beamten Sachsens schreibt uns: Die sächsische Staatsregierung in Verbindung mit dem Landtag hat wiederum einen trassen Rechtsbruch begangen und diesmal den Kantoren und Organisten des Landes einen harten Schlag versetzt, indem sie bei der Berechnung des Ruhegehaltes der bisher im Amte befindlichen Kirchschullehrer das kirchendienstliche Einkommen, das in der vom Staate ausgestellten Anstellungsurkunde und im Kataster als Ruhegehaltssumme eingetragen ist und für das die betreffenden Beamten ihre freie Zeit, ihre Sonntage und die Ferien jahrzehntlang geopfert haben, plötzlich ganz außer Betracht läßt. Die Bedeutung der Kirchenmusik und die Wichtigkeit des kirchenmusikalischen Amtes für das gesamte kirchliche Leben fordern, daß die Öffentlichkeit von dem Notstand der Träger dieses Amtes unterrichtet wird. Die Kirchenmusik ist für unsere evan-

gelische Kirche eine unentbehrliche Lebensnotwendigkeit. Sie stellt ein unvergängliches und unentbehrliches Gut dar und bewahrt glänzende Geistesgaben deutscher Kultur. Die Musik religiöser Meister ist aus großem religiösen Glauben geboren und hat deshalb auch die Kraft, solches Glauben in anderen neu vorzubereiten. Die Kirchenmusik treibt Tausende in die Kirche und treibt innere Mission selbst an Andersgläubigen, daher der Massenbesuch unserer Volkskirchenkonzerte, der musikalischen Vespere und Motetten von seiten aller Bevölkerungskreise, ein Zeichen, daß in der Kirchenmusik die Bedürfnisse der weitesten Kreise im Gemütsleben Befriedigung finden. — Hat nun der Staat die Absicht, durch seine jedem Rechtsempfinden hohnsprechende Verordnung die Arbeitsfreudigkeit, ja überhaupt die Existenz aller Träger eines derartigen Amtes zu unterbinden, die Kirchenmusik als solche zu vernichten und damit der Kirche in ihrer Lebensfähigkeit selbst einen Herzstoß zu versetzen? Fast scheint es so. — Aber trotz dieser Kirchenfeindlichkeit muß der Staat bestehende Verträge halten. Er untergräbt sonst selbst jedwede Staatsautorität. Was sagen Konsistorium und Synode zu dem Verhalten des Staates? Es ist zu hoffen, daß beide Instanzen die Kantoren und Organisten des Landes im Kampfe um ihre wohlerworbenen Rechte energisch unterstützen werden.

Für die anlässlich unserer Verlobung uns entgegengebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir, auch im Namen der Eltern, unseren herzlichsten Dank.

Reipzig u. Dresden, am 11. Januar 1921.
Freida Böhmisch, Karl Löbner.

Lindenschlößchen Wilsdruff.

Sonnabend den 15. Januar 1921 nachm. 5 Uhr und abends 8 Uhr

zwei öffentliche Vorträge mit kinematographischer Vorführung

„Die Geschlechtsleiden und ihre Folgen“

Film der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtsleiden.

Vortrag von Herrn Dr. med. Greif von der Universitätsklinik zu Leipzig.

Eintritt frei.

Alle männlichen und weiblichen Personen von Wilsdruff und Umgegend über 16 Jahre werden dringend ersucht, die Vorführung betreffs notwendiger Aufklärung zu besuchen.

Der Vorstand

der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt
Paul Reumann, Vorsitzender.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.

Mittwoch den 12. Januar abends 8 Uhr

Albert Bassermann in

„Die Stimme“

Patentes Drama aus dem bayerischen Hochgebirge in 5 Akten und das reizende Lustspiel:

„Leo, der Entführer“.

Heringe wieder eingetroffen!

Wir empfehlen:

Prima Bücklinge in Dosen zu 5 Rissen à 5 Pfd. netto Inhalt für die Risse **35 Mk.**, in Dosen zu 3 Rissen à 7 Pfd. netto Inhalt f. d. Risse **48 Mk.**

La Bismarckheringe aus grünen engl. Heringe in 4 Liter-Dosen mit ca. 5 Pfd. — 28—30 Stück Inhalt für die Dose **30 Mk.**

Fischindustrie Hellbrook

G. m. b. H.
Hellbrook-Hamburg 52.

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch
Roßschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 795
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Bruno Ehrlich

Roßschlächterei — Pferdegeschäft
Restaurant und Speisehaus „Zum mäden Roß“
Fernruf 74 Deuben-Dresden Fernruf 74
Bei Notfällen mit Transportwagen schnellstens zur Stelle.

Hausbesitzerverein.

Freitag den 14. Januar im Restaurant Tonhalle
Versammlung.

Beratung der Satzungen u. Aufnahme neuer Mitglieder.
Am zahlreiches Erscheinen erucht **Der Vorstand.**

Kürbiskerne
à Pfund 8 Mt., Strunkfrucht-samen à Pfund 10 Mt. lauft
Ernst Hantsche, Mohorn.

Militärjoppen
(gr. Auswahl, neu u. gebraucht)
Mäntel, Hosen, Stiefel,
Schuhe, Wäster lauft man
billig bei

Frigitze, Dresden-Löb.
Grumbacher Str. 20 p, ab
Burgstraße.

In bester Geschäftslage von
Wilsdruff suche bald einen
für Schokoladengeschäft pass.

Laden.

Angebote mit Angabe des
Preises u. Lage an **R. Selb-**
mann, Dresden-N. 6, 6. ed.

Planino

seitens Idones Friedmannstr.
preiswert zu verkaufen.
Hartmann, Dresden,
Süßpl. 3, Ecke Stärkengasse.

+ Kluge Frauen +
sind immer glücklich.

Vorsicht wenn die Regel
ausgeblieben ist,
verschreiben Sie nicht auf
morgen, dann ist es zu spät.
Bestellen Sie sofort bei

**Regelstörung
und Blutstocung**
mein überraschend wirkendes
**Spezialmittel
Frauenglück**

radikal und unbedingt sicher
wirkend, garantiert unschädlich
mit Garantieschein.

Schreiben Sie genau, wie
lange Sie kagen, Geben
Sie nichts auf wertlose Mittel.
Ich helfe Ihnen sicher.

Erfolg unbedingt in
1 bis 2 Tagen
ohne Berufshörung.

Dankschreiben: Frau M. B.
schreibt:

„Sie haben eine verzweifelte
Frau, nachdem ich viele Mittel
probiert habe, gerettet. Ihr
Mittel „Frauenglück“ ist das
einzigste Mittel für unglückliche
Frauen und hatte schon nach
einige Tage Erfolg seine Wirkung.“

+ Frau Schmidt, +
Hamburg 148.
Kaiser-Wilhelm-Straße 61.

Louis Kühne

Hofmühle Wilsdruff
hat abzugeben: 720

Futtermittel:

Maishörner
Maischrot
Kokoskuchen
Kokoskuchenehl
Palmkern-
kuchenehl
Sesamkuchenehl
Leinkuchenehl.

Düngemittel:

Rainit
Kali
Knochenmehl
schwefel. Ammoniak
Ammon-Superphos-
phat
Kali-Ammon-Salp.
Kalistickstoff
Düngekalk
gewahlen oder in Stücken
Speise- u. Viehfalz
Brennholz

Welche edel denkenden Leute
würden ein 3 Monate altes
Mädchen eigen annehmen?
Zu erfragen **Selbig-**
dorf Nr. 25 bei Wilsdruff.

Guter-
haltens
Bettstelle
mit **Matratze** zu verkaufen.
Wo? zu erfragen in der
Geschäftsst. d. Bl. unt. 1752.

Suche für meinen Sohn,
der diese Offerte die Schule
verläßt und Lust hat.

Sattler

zu werden, einen tüchtigen
Reißer.
Paul Brügge,
767 Grumbach Nr. 33.

Sohn achtbarer Eltern mit
guter Schulbildung, welcher
Offern die Schule verläßt,
und Lust hat, das

Bäckerhandwerk

gründlich zu erlernen, findet
gute Lehrstelle bei
1725
Diets Hillig, Bäckermeister,
Niederlöbnitz.

Zu Bettbezügen empfehle: 1753

buntes Bettzeug
weiss. Bettzeug als:
Stangenleinen
Damast und Linon
Inletts in jeder Breite
nur allerbeste, federdichte Qualitäten
Emil Glathe.

Bevor Sie einen Konfirmanden-Anzug kaufen

besuchen Sie mich und vergleichen Sie Preise u. Qualität.

Sie erhalten haltbare, strapazierfähige Anzüge
nach Maß für 275 Mark, Garantiert rein-
wollene Anzüge nach Maß gearbeitet für
375 Mt. Auch Anfertigung d. Zugabe d. Stoffe.

Der Weg lohnt!

Johannes Dörner, Deuben
nahe Sächsischer Wolf.

Neue Drehstrom-Motore

Fabrikat Sachsenwerk, mit Kupferwicklung, 220/380
Volt, komplett, mit Anlaßer und Spannschienen, offeriert
7 1/2 PS für
Nr. 7250.—

Paul Borkhardt,
Dresden, Kurfürstenstraße 12.

Von Freitag den 14. d. M. ab
stellen wir wieder einen frischen
Transport

vorzügliches Milch-Vieh

hochtragend und frischemelkend sowie auch

junge und deaktfähige

Zucht-Bullen

bei uns zum Verkauf.

Hainsberg E. Kästner & Co.
Fernruf: Deuben 296.

Briketts

werden durch mein Lastauto ab Schacht angefahren.
Holm Herrmann, Meissen, Nassauweg 3 Fernruf 540.

Kurt Siering, Potschappel

Therandtor Strasse Nr. 25
Roßschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.